

Stand: 24.12.2025 22:38:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28157

"Praxistaugliche Überarbeitung des Entwurfs der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (COM(2022) 541 final)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28157 vom 24.03.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29341 des UV vom 13.06.2023
3. Beschluss des Plenums 18/29528 vom 22.06.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 148 vom 22.06.2023



Antrag

der Abgeordneten **Eric Beißwenger, Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Gerhard Eck, Alexander Flierl, Karl Freller, Johannes Hintersberger, Dr. Petra Loibl, Hans Ritt, Klaus Steiner, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Praxistaugliche Überarbeitung des Entwurfs der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (COM(2022) 541 final)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die geplante Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Neufassung) – COM(2022) 541 final) praxistauglich und ohne zusätzliche bürokratischen Hürden erfolgt.

Insbesondere soll sich die Staatsregierung für grundlegende Änderungen des aktuell vorliegenden Entwurfs der Neufassung in folgenden sieben Punkten einsetzen:

1. Der Entwurf enthält zu wesentlichen Anforderungen keine eindeutigen Regelungen aufgrund der Verwendung nicht ausreichend definierter Begriffe und Verfahren; Konkretisierungen und Ergänzungen sollen über delegierte Rechtsakte nachgeschoben werden.
2. Die Anforderungen an die Nährstoffelimination (Drittbehandlung) sowie an Kleinkläranlagen gehen deutlich über den aktuellen Stand der Technik hinaus, sind teilweise technisch und wirtschaftlich nicht realisierbar und hätten im Übrigen einen erheblichen Nachrüstungsbedarf zur Folge.
3. Die Forderung einer obligatorischen Viertbehandlung bei großen Kläranlagen ist nicht kongruent mit der Spurenstoffstrategie des Bundes und des Freistaates. Die geforderte Finanzierung über eine erweiterte Herstellerverantwortung beruht auf unzutreffenden Kostenannahmen und erscheint nicht gesichert.
4. Die vorgeschlagenen Umsetzungsfristen für neue bzw. strengere Anforderungen sind durchweg zu knapp angesetzt.
5. Die Anforderungen an die Energieneutralität lassen die Nutzung externer Quellen regenerativer Energie nicht zu.
6. Das geforderte erweiterte Monitoring ist z. T. nicht praktikabel und würde insgesamt einen erheblichen zusätzlichen Kostenaufwand verursachen.
7. Die Möglichkeiten von Mitgliedern der Öffentlichkeit, die Umsetzung bestimmter Anforderungen der Richtlinie in nationales Recht überprüfen zu lassen, und die Regelungen zur Entschädigung erscheinen zu weitgehend.

Begründung:

Der Vorschlag für die Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie betrifft einen Bereich, der nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fällt. Ziel der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie ist es, die Qualität von Gewässern in der gesamten EU zu verbessern. Um dies zu erreichen, sollen europaweit einheitliche Anforderungen an die Abwasserbehandlung gestellt werden. Da es sich bei Oberflächengewässern und Grundwasserkörpern häufig um Wasserkörper handelt, die die Grenzen der Nationalstaaten überschreiten, kann dieses Ziel von den einzelnen Mitgliedstaaten nicht gleich wirksam verwirklicht werden. Um ein einheitliches Schutzniveau zu erreichen, werden diese Anforderungen daher sinnvollerweise europaweit einheitlich geregelt.

Die Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie erscheint auch grundsätzlich geeignet, die Gewässerqualität zu verbessern. Die konkrete Erforderlichkeit der verschiedenen vorgesehenen Regelungen sowie die dadurch entstehenden Belastungen bedürfen jedoch weiterer Prüfung.

Das Recht der Gesetzgebung in Bayern ist nicht betroffen, das Vorhaben ist jedoch von hoher landespolitischer Bedeutung, da es strengere Anforderungen an die kommunale Abwasserbeseitigung enthält, die in Bayern grundsätzlich alle Gemeinden betreffen können, insbesondere aber die Betreiber von Kläranlagen mit mindestens 10 000 Einwohnerwerten. Eine Revision der etwa 30 Jahre alten Richtlinie ist grundsätzlich sinnvoll, jedoch sind die oben angeführten sieben Punkte zu bemängeln und erfordern eine gründliche Überarbeitung des Entwurfs.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Gerhard Hopp, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/28157

Praxistaugliche Überarbeitung des Entwurfs der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (COM(2022) 541 final)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Martin Wagle**
Mitberichterstatter: **Florian von Brunn**

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 20. April 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 10. Mai 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 13. Juni 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: kein Votum

SPD: Ablehnung

FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger

Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Eric Beißwenger, Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Gerhard Eck, Alexander Flierl, Karl Freller, Johannes Hintersberger, Dr. Petra Loibl, Hans Ritt, Klaus Steiner, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/28157, 18/29341

Praxistaugliche Überarbeitung des Entwurfs der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (COM(2022) 541 final)

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die geplante Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Neufassung) – COM(2022) 541 final) praxistauglich und ohne zusätzliche bürokratische Hürden erfolgt.

Insbesondere soll sich die Staatsregierung für grundlegende Änderungen des aktuell vorliegenden Entwurfs der Neufassung in folgenden sieben Punkten einsetzen:

1. Der Entwurf enthält zu wesentlichen Anforderungen keine eindeutigen Regelungen aufgrund der Verwendung nicht ausreichend definierter Begriffe und Verfahren; Konkretisierungen und Ergänzungen sollen über delegierte Rechtsakte nachgeschoben werden.
2. Die Anforderungen an die Nährstoffelimination (Drittbehandlung) sowie an Kleinkläranlagen gehen deutlich über den aktuellen Stand der Technik hinaus, sind teilweise technisch und wirtschaftlich nicht realisierbar und hätten im Übrigen einen erheblichen Nachrüstungsbedarf zur Folge.
3. Die Forderung einer obligatorischen Viertbehandlung bei großen Kläranlagen ist nicht kongruent mit der Spurenstoffstrategie des Bundes und des Freistaates. Die geforderte Finanzierung über eine erweiterte Herstellerverantwortung beruht auf unzutreffenden Kostenannahmen und erscheint nicht gesichert.
4. Die vorgeschlagenen Umsetzungsfristen für neue bzw. strengere Anforderungen sind durchweg zu knapp angesetzt.
5. Die Anforderungen an die Energieneutralität lassen die Nutzung externer Quellen regenerativer Energie nicht zu.

6. Das geforderte erweiterte Monitoring ist z. T. nicht praktikabel und würde insgesamt einen erheblichen zusätzlichen Kostenaufwand verursachen.
7. Die Möglichkeiten von Mitgliedern der Öffentlichkeit, die Umsetzung bestimmter Anforderungen der Richtlinie in nationales Recht überprüfen zu lassen, und die Regelungen zur Entschädigung erscheinen zu weitgehend.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Wer ist dagegen? – Keiner. Wer enthält sich? – Das sind Enthaltungen der drei fraktionslosen Abgeordneten Plenk, Klingen und Bayerbach. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über Europaangelegenheiten und die nicht
einzelnen zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz
Klimaziel der EU für 2040
31.03.2023 - 23.06.2023
Drs. 18/28822, 18/29488

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 18/29488 veröffentlichte
Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu
legen.

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Alexander König, Tobias Reiß u. a. CSU
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung der Korruption, zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates und des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates
COM(2023) 234 final
BR Drs. 244/23
Drs. 18/29441, 18/29489

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP) Umsetzung der KMK-Erklärung zum Lehrkräftemangel
Drs. 18/27999, 18/29320 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ A □ □ A □ □ □ □ □

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über den Stand des Wissenschaftsprojekts des GBA-Innovationsfonds zur „Integrierten Geriatrie in der Orthopädie“
Drs. 18/28129, 18/29310 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Notfallsanitäter-Ausbildung auch bei Einsatz im Krankenhaus durch die Krankenkassen refinanzieren
Drs. 18/28154, 18/29347 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	A

6. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Gerhard Hopp, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Praxistaugliche Überarbeitung des Entwurfs der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie (COM(2022) 541 final)
Drs. 18/28157, 18/29341 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen besser schützen I: Kontrollsystem verbessern
Drs. 18/28233, 18/29311 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahlf u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen besser schützen II: Multiprofessionelles Team stärken
Drs. 18/28234, 18/29312 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen besser schützen III: Gewaltprävention und Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner umsetzen
Drs. 18/28235, 18/29313 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen besser schützen IV: Prinzipien einer kultursensiblen Pflege stützen Drs. 18/28236, 18/29314 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbau der flächendeckenden Versorgung durch HIV-Schwerpunktpraxen und Praxen mit PrEP-Zulassung in Bayern stärken Drs. 18/28246, 18/29315 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Säuglings- und Kindernotfallversorgung im Freistaat Bayern verbessern Drs. 18/28247, 18/29316 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verbesserungen bei Kinder-Adipositas und -Diabetes erreichen Drs. 18/28249, 18/29317 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

14. Antrag der Abgeordneten Benjamin Miskowitsch, Kerstin Schreyer, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lagerkapazitäten in Deutschland nutzen
Drs. 18/28347, 18/29343 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Photovoltaik entlang von Straßen voranbringen
Drs. 18/28364, 18/29304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

16. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Flughafenanbindung an den Fernverkehr der Bahn ermöglichen!
Drs. 18/28383, 18/29339 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. AfD
Zahlen zu den in Bayern tigen Hebammen
Drs. 18/28414, 18/29318 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU **GRÜ** **FREIE
WÄHLER** **AfD** **SPD** **FDP**

□ A □ A □ A □ A □ A □ A

18. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kriminalstatistik transparenter gestalten –
Mehrfachstaatsangehörigkeiten erfassen!
Drs. 18/28424, 18/29424 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

A A A Z A A

19. Antrag der Abgeordneten Jan Schifflers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. AfD
Rückkehrprogramm für deutsche Fachkräfte starten!
Drs. 18/28426, 18/29306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

A A A Z A A

20. Antrag der Abgeordneten Jan Schifflers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. AfD
Zur Fachkräftesituation in Bayern
Drs. 18/28427, 18/29307 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

7 A 7 7 A A

21. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen
Drs. 18/28434, 18/29305 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

A A A Z A A

22. Antrag der Abgeordneten Jan Schippers, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Unfallgeschädigte Verkehrsteilnehmer nicht im Stich lassen –
Ukrainische Fahrzeuge verstärkt kontrollieren
Drs. 18/28437, 18/29425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

A A A 7 A A

23. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Impfgeschädigte brauchen Unterstützung: Post-Vac-Ambulanz an bayerischer Uniklinik einrichten, Versorgung sicherstellen
Drs. 18/28550, 18/29319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

A Z A ENTH Z Z

24. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Florian Ritter u.a. SPD
Über ein Jahr nach dem Katastrophenfall – Wo bleibt die Kostenerstattung für ehrenamtliche Hilfsorganisationen, die Ukraine-Flüchtlingen helfen?
Drs. 18/28552, 18/29426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

□ □ □ □ □ □

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Schlachtkurse für Direktvermarkter bayernweit anbieten
Drs. 18/28553, 18/29298 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP

A ENTH A ENTH Z ENTH

26. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Zukunft der Chemieindustrie und nachgelagerter Wertschöpfungsketten in Bayern
Drs. 18/28559, 18/29308 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU GRÜ FREIE AfD SPD FDP
WÄHLER

□ □ □ □ □ □

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Zurück zu den Kernzielen der GAP:
Ausufernde EU-Agrarsubventionen an Nichtlandwirte beenden
Drs. 18/28564, 18/29299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU GRÜ FREIE AFD SPD FDP

□ A □ A □ A □ Z □ A □ A

28. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Was macht der milde Winter und kalte Frühling mit unseren Honigbienen?
Drs. 18/28592, 18/29300 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Förderung regelmäßiger und umfassender Bodenuntersuchungen in landwirtschaftlichen Betrieben
Drs. 18/28784, 18/29301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

30. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Ernst Weidenbusch u.a. CSU Gamsmonitoring in den Bayerischen Alpen
Drs. 18/28799, 18/29302 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten